

Öffentliche Erklärung der 1. nationalen Konferenz der asambleas in Freirina

Am 6.-7. April 2013 fand in Freirina unter Beteiligung von gut 100 Personen als VertreterInnen von 16 Städten oder Gemeinden die erste nationale Konferenz der Bürgerversammlungen statt. Auf der Basis des Erfahrungsaustausches wurden Beschlüsse zur Verteidigung der Umwelt gegenüber industriellen Megaprojekten, besonders der Wasservergeudung mit der Gefährdung der ländlichen Gemeinden, gefasst. Gemeinsame Ursacher der Konflikte sind grosse Energie, Bergbau-, Agroindustrie- und Wohnungsbauprojekte, die die Lebensqualität in den Gemeinden und Stadtteilen bedrohen.

Wir sind hier in Freirina im Huasco-Tal als VertreterInnen von territorialen, städtischen und Volksversammlungen (asambleas) aus dem ganzen Land am 6. und 7. April zusammengekommen.

Wir konnten dabei von den Erfahrungen lernen, wie die Bewohner in der Organisation und im ungleichen Kampf gegen Agrosuper, eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte Chiles, erfolgreich ihren Wohn- und Lebensraum zurückgewinnen konnten.

Die verschiedenen territorialen Versammlungen ebenso wie die studentische Versammlung der Sekundarschulen ACES und ASECO erwiesen sich als Ausdruck der sozialen Mobilisierung und der Unzufriedenheit gegenüber einem missbräuchlichen, ausbeuterischen, unterdrückenden und diskriminierenden System, das nichts anderes ist, als das kapitalistische System. Wir stellen fest, dass wir uns als außerhalb der Institutionalität organisierte Sektoren zusammenschließen, um unsere verletzten Rechte zu verteidigen und um die Vernichtung der Natur und die Plünderung unserer Reichtümer zu verhindern.

Wir haben die Probleme der verschiedenen Regionen Chiles ausgetauscht, und erkennen eine Gemeinsamkeit: der Missbrauch seitens einer Minderheit, die den schnellen Gewinn über die grundlegenden Menschenrechte stellt und die Harmonie zwischen dem Menschen und der Natur gefährdet. Als Thema größter Bedeutung sehen wir die private Aneignung des Wassers, das uns allen gehört. Wir sehen unsere Flüsse und unsere Felder sterben; unser Wasser verseucht und unsere Kinder erkranken. Eine Mauer namens Gewinn trennt das chilenische Volk vom Lebenselement Wasser, das zeigt sich im Wasserprivatisierungsgesetz von 1981, im internationalen chilenisch-argentinischen Abkommen Frei-Menem, das die Gebirgskette der Anden, ihre Gipfel und Gletscher der Plünderung der multinationalen Konzerne ausliefert. Von Nord bis Süd werden wir uns dem Verlust unserer Rohstoffe, der Verseuchung durch die Industrie und der Vernichtung der Meere, Küsten und Fische widersetzen.

Wir mobilisieren für kostenlose Gesundheit und Erziehung, für die Dezentralisation des Landes und für die öffentliche Wiederaneignung der Lebensgrundlagen wie das Trinkwasser, Gas, elektrische Energie und eine Politik, die die öffentlichen Güter und das Gemeinwohl fördert und ausbaut.

Nach den bisherigen Mobilisierungen in verschiedenen Regionen des Landes haben wir gemeinsame Ausgangspunkte gesucht. Dadurch wurde die asamblea von Freirina zum Gastgeber dieses Ersten Nationalen Treffens der asambleas auserwählt. Die ersten asambleas entstanden in Magallanes, in Aysén, sowie bei den Studenten der Sekundarschulen und Universitäten als Ausgangspunkt einer Bewegung, die frontal gegen ein System kämpft, das die Ausgebeuteten, die Ausgeschlossenen, die Unterdrückten und Vertriebenen entmündigt. Wir begrüßen auch die erfolgreichen Solidaritätsaktionen der Hafentarbeiter. Die Rebellion in Chile entwickelt eigene Formen von Kampf und Widerstand, dabei entsteht eine staatsunabhängige Organisation, in der Perspektive des Aufbaus von poder popular.

Um die Volksmacht aufzubauen, muß als Ziel eine territoriale Kontrolle bestehen, mit der in angemessener Weise die direkte und partizipative Demokratie ausgeübt wird, um in der Gemeinde hinsichtlich der Erziehung, Gesundheit, des Gebrauchs der Naturressourcen und anderer Aspekte zu entscheiden. Die Gebietsversammlung wird das Werkzeug für die Volkssouveränität und die notwendigen Selbstverteidigungsmaßnahmen zum Schutz der erreichten Erfolge sein. Damit werden die Versammlungen eine neue Organisationsform bilden; sie ist horizontal, demokratisch, partizipativ, selbstorganisiert, vernetzt und in tiefem Widerspruch zum herrschenden System. Die Versammlungen sind kein Instrument der Repräsentation, sondern der Organisation und des Kampfes.

Wir bestehen auf der Notwendigkeit, für die Dezentralisierung des Landes zu kämpfen, gegen den Zentralismus von Santiago, der die Regionen zurückgeworfen hat.

Wir rufen auf, die in diesem ersten Treffen erzielten Übereinkünfte zu verbreiten, wie u.a.:

- eigene Kommunikationsmedien zur Unterstützung der Volkskämpfe und der territorialen Forderungen aufzubauen,
- Koordination und Mitwirkung zwischen unseren Organisationen auszubauen.
- eine nationale Rundreise durchzuführen, um die Ergebnisse des Ersten Nationalen Treffens bekannt zu machen.
- die Bildung von asambleas auszubauen und zur Vereinheitlichung beizutragen.
- das Zweite Nationale Treffen der Versammlungen zu fördern, das Anfang November 2013 im Hafen von San Antonio stattfinden wird.
- an den Demonstrationen für das Recht auf Wasser teilzunehmen.

Mit den Studierenden fing es an

Interview mit Isabel Cárcamo über die neuen BürgerInnenbewegungen in Chile



Auf dem Gegengipfel „Enlazando Alternativas“ im Januar 2013 in Santiago de Chile sprach Klaus Heß mit Isabel Cárcamo. Isabel war während der Militärdiktatur mit ihrer Familie im Exil in Bochum und dort in der Frauen- und Solidaritätsbewegung aktiv. Seit ihrer Rückkehr nach Chile arbeitet sie in Santiago in feministischen Gruppen und politischen Initiativen. Aktuell engagiert sie sich in den Bewegungen der Bürgerkomitees und setzt sich mit vielen anderen MitkämpferInnen aus Basisgruppen für eine Verfassungsgebende Versammlung ein.

In den letzten Monaten hat es in Chile eine Menge territorialer Versammlungen (asambleas) gegeben. Wo und warum bilden sie sich?

Bürgerversammlungen haben seit einigen Jahren kontinuierlich zugenommen. Seit 2011 geht deren Zunahme einher mit national bedeutsamer werdenden sozialen Bewegungen. Dazu gehören die ökologisch ausgerichtete Bewegung gegen Wasserkraftwerke in Aysén, die Studierendenbewegung für öffentliche, kostenlose, qualitativ gute Bildung, die Bewegung in der Stadt Freirina gegen den Agrosuper-Konzern¹, die Bewegung für die Mapuche-Rechte. Die meisten von ihnen – die etwa vergleichbar sind mit BürgerInneninitiativen – entstanden im Zuge der Studierendenbewegung 2011, die Chile politisch verändert hat. Mit ihrem Beispiel haben sie einen Weg aufgezeigt, auf Probleme aufmerksam zu machen, durch Mobilisierungen auf der Straße bis hin zum Barrikadenbau. In Südkile, wie etwa in Coyhaique, bestehen die Bewegungen vielfach aus Fischern, aber auch Beamte oder Hausfrauen sind dort wie überall aktiv. Sie kämpfen für existentielle Bedürfnisse, eigentlich nicht gegen das System. Es geht um die Rechte der Fischer auf bestimmte Fangquoten, es geht gegen Preissteigerungen für Benzin und Holz, die in Südkile sehr teuer sind, aber als alltägliche Heizungsmitel gebraucht werden, und andere Probleme für den Alltag der Bevölkerung dieser kleinen Region Aysén. In dieser Bewegung sind verschiedene politische Strömungen zusammengegangen. Das hat sofort autoritäre Reaktionen der Regierung hervorgerufen; statt dorthin zu gehen mit der Haltung, setzen wir uns jetzt alle an einen Tisch und packen die Probleme an, gab es Polizeirepression und autoritäre Maßnahmen.

Gegen wen hat sich diese Bewegung gewendet? Die Fischer wollten höhere Fangquoten, haben sich also gegen die Regionalregierung gewendet?

Ja, in allen Fällen gegen die Regierung. Bei den Fischern war die Regionalregierung nicht in der Lage, eine Antwort zu geben, auch da ging es sofort an die nationale Regierung.

In Nordchile gibt es eine interessante Bewegung gegen eine große Schweinefarm von Agrosuper mit mehreren tausenden Schweinen in Freirina. In der kleinen Stadt gab es dadurch zwei große Probleme: die Luft war unerträglich und das Flußwasser verseucht. Da sind die Leute von Tür zu Tür gegangen und haben sich dagegen organisiert. Da war der Konflikt erst zwischen Bevölkerung und dem Unternehmen. Die Regierung argumentierte mit der freien Marktwirtschaft und der unternehmerischen Investitionsfreiheit; die Bevölkerung stellte dann die Gegenfrage der sozialen Verantwortung der Regierung, die zulässt, dass die Farm direkt neben den Feldern und Wohnhäusern errichtet wird. Obwohl die Regierung sich wegen der bestehenden gesetzlichen Niederlassungsfreiheit für nicht verantwortlich erklärte, musste sie sich schließlich doch damit befassen und reagierte mit unglaublich harter Repression. Besonders bemerkenswert ist, dass es sich um eine Region mit wenig Arbeitsplätzen handelt. Agrosuper hat genau damit gedroht und das hat den Ort fast gespalten, weil es das einzige große Unternehmen mit Arbeitsplätzen in der Region ist und zugleich Schulen und öffentliche Einrichtungen finanziert. Unter dem Druck der Bevölkerung musste sich Agrosuper jetzt zurückziehen, hat aber 10 000 tote Schweine zurückgelassen. Freirina ist auch der Ort für die erste nationale Konferenz der Bürgerversammlungen.

Neben diesem Konflikt mit dem Konzern Agrosuper wurden auch andere Konzerne wie ENEL und ENDESA als Probleme genannt.

Das Wasser ist in Chile seit 1989 im Übergang von Pinochet zur ersten demokratischen Regierung privatisiert worden, etwa 60% der Anteile hält der spanische Konzern ENDESA. Der noch staatliche Anteil wurde vom jetzigen Präsidenten ebenfalls verkauft. Als „Nebeneffekt“ gibt es in der Kleinstadt Putaendo seit drei Jahren kein fließendes Wasser, die natürlichen Wasserquellen sind verseucht, auch Wassertoiletten gibt es nicht, eine Katastrophe. Wenn das in Santiago passierte, würden sich das die reichen Leute nicht gefallen lassen, aber den Armen mutet man das zu.

Wie laufen solche Organisationsprozesse ab, gibt es ein gemeinsames Muster hinter solchen Prozessen von bisher nicht in Parteien organisierten Leuten?

Die Leute sind unzufrieden, es gibt einen Anstoß durch Einzelne, einen Aufruf zu einer Versammlung und schnell entsteht eine breite Gegenwehr. Diese Prozesse müssen systematisch dokumentiert und ausgetauscht werden. Im Rahmen des Sozialgipfels als Alternative zum EU-Lateinamerikagipfel Ende Januar haben wir einen Workshop mit Vertretern von Bürgerversammlungen aus Freirina, Puente Alto, Cochrane (Aysen), Cajón del Maipo, Valparaíso, Putaendo, San Bernardo, Ñuñoa und der Sekundarschulen der Kordilliere durchgeführt. Wir konnten viele Erfahrungen zusammentragen. Diese BürgerInnenbewegungen sind Ausdruck einer systematischen Repräsentationskrise und eines nichtpartizipativen Politikmodells, das wir von der Diktatur und der Verfassung von 1980 geerbt haben. Die Bildungsbewegung von 2011 und 2012 brachte Bürgerversammlungen hervor, die zuerst die Studentenkämpfe mit Transparenten, Kochtöpfen, Demomärschen oder Gefangenenhilfe direkt unterstützten, später in ihrer Kontinuität soziale und territoriale Probleme aufgriffen. Dadurch experimentierten sie neue organisatorische Formen wie horizontale Beziehungen, offene Kommunikation, Netzwerkarbeit, Rotation der Vertreter*innen, gegenseitige Hilfe. Die individuelle Würde und die direkte Repräsentation jeden Nachbarn ohne Delegation ist ein wichtiges mobilisierendes Element. Einige Versammlungen hatten nach dem Rückgang der Studierendenbewegung Schwierigkeiten und suchten neue Formen der Information der Nachbarn und der Einladung zu Versammlungen, sie gingen von Haus zu Haus. Dadurch erhielten sie engere Beziehungen zur Nachbarschaft und zum Territorium. Durch die gemeinsame Auseinandersetzung mit örtlichen Problemen konnten systematische Ursachen im Wirtschaftsmodell unseres Landes erkannt und die Suche nach Alternativen begonnen werden.

Du sagst, dass die Studierendenbewegung sehr viel ausgelöst hat. „Die Leute bewegen sich erst, wenn es drückt“, hieß es im Workshop. Haben sich Probleme aktuell erschärft oder sind eher Mut und Selbstbewusstsein gewachsen?

Das ist unterschiedlich. In den letzten Jahren gab es etwa viele Fälle von Gewalt gegen Frauen. Die Frage ist, ob die Gewalt gestiegen oder ob sich die Frauen mehr wehren und die Gewalt zur Anzeige bringen. Ich bin überzeugt, dass das Selbstbewusstsein gestiegen ist und Gewalt nicht mehr akzeptiert wird. Bei anderen Auseinandersetzungen ist es ähnlich. Die Leute haben vorher nicht die Möglichkeit zum Widerstand gesehen, das ist der Effekt der Studierendenbewegung.

Unterscheiden sich die Parteien der Rechten, der Concertación oder der KommunistInnen in ihrer Haltung zu solchen lokalen Konflikten?

Die Parteien sind überhaupt nicht lokal vertreten, sie haben keine Leute an der Basis, ihre Strukturen sind zentral organisiert. Vielleicht haben die neu organisierten Leute eher eine „linke Kultur“, sind aber weniger von Parteien beeinflusst. Parteien werden lokal eher abgelehnt.

Gibt es in der Verfassung oder gesetzlich Formen des Poder local, lokaler Macht?

In der Gemeinde gibt es sogenannte Konsultativrechte: man wird gefragt, aber der Bürgermeister entscheidet. Warum werde ich dann gefragt? Die Partizipation ist nicht entscheidend, sondern konsultativ, aber selbst die Konsultationen werden oft nicht durchgeführt. In Las Condes (reicher Stadtteil von Santiago) hat ein rechter Bürgermeister eine Konsultation wegen eines Straßenbaus durchgeführt, der Bau wurde von den Befragten abgelehnt, aber selbst dort wurde er trotzdem durchgeführt.

Auch in deinem Stadtteil Ñuñoa gibt es jetzt eine Asamblea ciudadana, was sind hier die Themen?

Unser zentrales Thema ist Demokratie und Partizipation. Wir haben festgestellt, dass die Bewohner wenig von den städtischen Bauvorhaben wissen. Hier soll eine neue U-Bahn gebaut werden. Die Linie verbraucht Flächen, wie hier die wunderschöne Plaza Ramón Cruz, die völlig verändert würde. Wir haben die BewohnerInnen eines Sonntags zum Gespräch eingeladen die Veränderungen besprochen und gemeinsam dann Aktionen geplant. Daraufhin haben sich die Leute organisiert. Zwei Wochen später gab es eine große Versammlung, da wurde entschieden, wie man vorgeht, und eine Organisation gegründet.

Welche Perspektive gibt es für solche Organisationsprozesse?

Wir brauchen einen langen Atem. Das Leben ist hart, die Leute sind müde. Es gibt aber viele aktuelle Konflikte, um die Wasserversorgung, die Kontaminierung, die Bauspekulation. Vor 25 Jahren durfte man nicht in die Höhe bauen. Der Bürgermeister hat seinerseits nach Gutdünken Konzessionen für Hochhäuser vergeben. Jetzt wird wild in die Höhe gebaut, ohne Rücksicht auf die dort schon länger Wohnenden. Die Kommunalregierung macht, was sie will, da stehen die Interessen des Bausektors und der Immobilienbesitzer ganz oben. Auf dem Land haben Zugang zu Wasser, Bergbau- und Agroindustrie höchste Priorität. Dann kommt der Energiehunger der Bergbauindustrie dazu. Obwohl Sonnenenergie oder Vulkane als geothermische Energiequellen zur Verfügung stünden, wollen diese Industrien billige Energie seitens des Staates auf Kosten der Lebensbedingungen Tausender Menschen, statt in Erneuerbare zu investieren.

Welche Lösung siehst du für diese Konflikte?

Wir haben eine von den Militärs diktierte Verfassung, die im Kern Kapital- und Investitionsfreiheiten, aber keine BürgerInnenfreiheiten garantiert. Es gibt Ideen für Verfassungsänderungen, das ist aber ein langfristiger Prozess. Bis es dazu kommt, müssen wir in Massenbewegungen unsere alltäglichen Rechte verteidigen, etwa uns das Recht auf Wasser wieder zurückholen.

Interview, Transkription und Übersetzung: Klaus Heß (erschieden in ila Das Lateinamerika-Magazin 368, September 2013)